



Bundesinnenminister Horst Seehofer verspricht 11 300 weitere Stellen

Im Rahmen eines Gesprächs mit dem Bundespolizeihauptpersonalrat in Berlin stellte Bundesinnenminister Horst Seehofer den anwesenden Personalvertretern deutliche Verbesserungen für die Bundespolizistinnen und -polizisten in Aussicht.

Minister Seehofer bedankte sich für die hervorragende Arbeit der Bundespolizei. Die Bundespolizei – als die mit Abstand größte Behörde seines Geschäftsbereichs – stehe in Gänze außerhalb jeder öffentlichen Kritik. Damit sei sie für ihn ein echter „Edelstein“.

Das Sicherheitsgefühl der Menschen in Deutschland sei trotz sinkender Kriminalstatistik schlechter geworden. Um der Clankriminalität, der hohen Kriminalitätsrate in den Grenzgebieten und anderen Gefahren zu begegnen, bedürfe es einer neuen strategischen Ausrichtung der Bundespolizei mit noch mehr Personal und auch mehr Befugnissen, zumal die Aufgaben der Bundespolizei in Zukunft noch breiter, noch komplexer und noch internationaler würden.

Sein Angebot an die Länder stehe, dass die Bundespolizei

künftig alles, was mit Grenze und Rückführung von Ausreisepflichtigen zu tun habe, übernehme.

Zudem seien intelligente Grenzkontrollen (Schleierfahndung) an allen deutschen Grenzen, eine Ausweitung des 30-Kilometer-Bereichs sowie anlassbezogene, temporäre stationäre Grenzkontrollen anstelle von Schlagbaumkontrollen (wie derzeit an der Grenze zu Österreich) nicht nur zur Migrationskontrolle, sondern auch zur allgemeinen Kriminalitätsbekämpfung von größter Bedeutung.

Zu den einzelnen Gesprächsthemen nachfolgend die wesentlichsten Inhalte:

1. 11 300 mehr Kräfte für die Bundespolizei

Bundesinnenminister und Bundesfinanzminister sind sich einig, die Bundespolizei um weitere 11 300 Beamte aufwachsen zu lassen. Die ersten 1 000 Stellen für Anwärtinnen und Anwärter im mittleren und gehobenen Dienst sollen bereits im Haushalt für das nächste Jahr berücksichtigt werden.

2. Erleichterte Aufstiegsverfahren

Für rund 2 000 erfahrene und leistungsstarke Polizeihaupt-



> Bundesinnenminister Horst Seehofer (hier bei seiner Amtseinführung im BMI) will die Bundespolizei weiter stärken und die Rahmenbedingungen weiter verbessern.

meister(innen) und Polizeihauptmeister(innen) mit Zulage soll ein vereinfachtes Aufstiegsverfahren in den gehobenen Polizeivollzugsdienst geschaffen werden. Dabei soll endlich auch die langjährige Forderung der DPoLG Bundespolizeigewerkschaft nach breiter Anwendung des § 27 BLV erfüllt werden. Der Minister betonte ausdrücklich, dass er seit jeher ein Freund von durchlässigen Laufbahnmodellen sei.

3. Liegenschaftssituation bei der Bundespolizei

In Bezug auf die bundeseigenen Liegenschaften bat Heiko Teggatz den Minister um Einstellung eigener Architekten in die BPOL und um Novellierung der RBBau (Richtlinien für die Durchführung von Bauaufgaben des Bundes). Um die Unterbringungssituation in Liegenschaften der DB AG zu verbessern, suchte der Minister persönliche Gespräche mit Vertretern der Deutschen Bahn zu. Die Abteilung Bundespolizei bemüht sich derweil durch eine entsprechende Änderung des Bundespolizeigesetzes, die Unterbringung der Bundespolizei auf Bahnhöfen und Flughäfen statt wie bisher zur Selbstkostenmiete künftig für die Behörde unentgeltlich erfolgen zu lassen.

4. Wohnungsfürsorge für Beschäftigte der Bundespolizei

Gerade – aber nicht nur – in Ballungsgebieten müssen die Beamtinnen und Beamten der Bundespolizei oftmals mehr als 50 Prozent ihrer Einkünfte für (kleine) Wohnungen aufbringen. Im Koalitionsvertrag ist bereits festgehalten, dass die Koalitionspartner im Rahmen der Wohnungsfürsorge deutliche Verbesserungen erzielen wollen. Im Gespräch mit dem Hauptpersonalrat stellte sich der Minister hinter diese Vereinbarung, verwies aber zugleich auf die Zuständigkeit des Bundesfinanzministers, der in dieser Angelegenheit als Chef der BfM auch die Federführung für die Unterbringung zahlloser Bundespolizisten und Zöllner habe.

5. Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage

Der Minister äußerte große Sympathie für die Forderung nach Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage, wie sie bereits in Bayern und Nordrhein-Westfalen erfolgt ist. Auch wenn er aktuell noch keine Umsetzung dieser Forderung versprechen konnte, will er alles für die – wie er sagt – „Wiederherstellung eines alten Zustandes“ tun. Dabei machte er mehrfach deutlich,

Impressum:

Redaktion:
Jörg Stüven
Tel.: 0174.8000887
joerg.stueven@dpolg-bpolg.de
Geschäftsstelle und Redaktion:
Seelower Str. 7
10439 Berlin

ISSN 0943-9463



© DPoIG Bundespolizeigewerkschaft

> Ernst G. Walter, Bundesvorsitzender DPoIG Bundespolizeigewerkschaft (rechts), bedankt sich bei Bundesinnenminister Horst Seehofer für die angekündigten zusätzlichen Stellen sowie die übrigen Verbesserungen für die Bundespolizei.

dass es ihm ausschließlich um die Ruhegehaltsfähigkeit der „Polizeizulage“, und nicht um andere Zulagen gehe.

6. Sicherheitszulage für Tarifbeschäftigte

Zur Forderung einer Sicherheitszulage für Tarifbeschäftigte, wie sie bereits im BKA gezahlt wird, appellierte Seehofer an die Personalräte und Gewerkschaften, sich weiterhin für eine solche Zulage einzusetzen. Vertreter des BMI sehen auch eine Möglichkeit der Umsetzung im Rahmen der übertariflichen Einigung mit dem BMF.

7. § 55 BeamtVG

Der Bundespolizeihauptpersonalrat sowie die im Hauptpersonalrat vertretenen Listenführer (Gewerkschaften) übergaben dem Minister eine Resolution, die die Abschaffung der ungerechtfertigten Kürzung des im Zeitraum nach der Wiedervereinigung verdienten Ruhegehalts für aus dem

Osten übernommene Beschäftigte zum Ziel hat. Der Minister sagte eine Prüfung zu. Er persönlich sehe derzeit keinen Grund dafür, dass die in der Bundespolizei verdienten Ruhegehaltsansprüche gestrichen oder verringert werden sollten.

8. Rechtsradikale Tendenzen

Bundesinnenminister Seehofer bittet alle Personalvertreter und Gewerkschafter der Bundespolizei, allen Tendenzen und Äußerungen vehement lautstark entgegenzutreten, die dazu geeignet sind, die Bundespolizei in den Generalverdacht bringen könnte, sie sei rechtsradikal. Auch ein Schweigen zu diesen Äußerungen sei nicht hinzunehmen.

Die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft praktiziert dieses bereits und hat unlängst auf einen diskriminierenden Vorschlag einer anderen Gewerkschaft entsprechend reagiert.

Im Anschluss an das Ministergespräch bedankte sich der

Bundesvorsitzende Ernst G. Walter persönlich bei Minister Horst Seehofer für seine klaren Worte und insbesondere für seine Zusagen. „Ein Gespräch mit dem Minister lohnt sich immer!“, so umschrieb es ein Mitglied des Hauptpersonalrates im Anschluss an das Gespräch. Der Minister zeichnete sich mehrfach durch exzellente Detailkenntnisse aus und verfügt über eine breite Berufserfahrung und ein ausgezeichnetes Gedächtnis. Zudem ist er bekannt für seine Entscheidungsfreudigkeit und Durchsetzungsstärke, die insbesondere von seinen Staatssekretärinnen und Staatssekretären sowie der daran hängenden Administration nicht immer geliebt werden dürfte.

Da Minister Seehofer – wie er selbst sagte – nicht zum Lob neigt, kann man seine Zusicherungen durchaus als große

Wertschätzung gegenüber der Bundespolizei mit all seinen Beamtinnen und Beamten sowie Tarifbeschäftigten werten. Die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft hat an diesen Ergebnissen erfolgreich mitgearbeitet.

Die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft wird sich auch weiterhin mit dem Gewicht ständig steigender Mitgliederzahlen in die Verbesserungsprozesse einbringen. „Wir sind hoch erfreut, wenn nach langer Zeit der Forderungen nunmehr Erfolge aus unseren Forderungen hervorgehen“, sagte Ernst G. Walter. „Das macht Mut, weiterhin an den Auffassungen festzuhalten und neue Forderungen zu formulieren, wenn es Sinn macht und geboten ist. Wir werden jedenfalls die Umsetzungen der heutigen Ankündigungen auf jeden Fall sehr positiv begleiten!“

> +++ kurz notiert +++

> Strukturprüfung Ermittlungsdienste

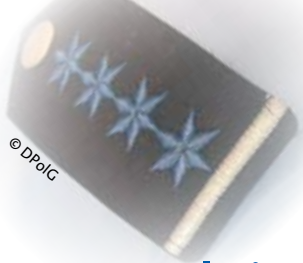
Auch im Abschlussbericht hat sich nichts an der falschen Berechnungsgrundlage geändert. Damit werden die Ermittlungsdienste entlang der Grenzen massiv reduziert. Die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft fordert, dass die Reduzierung bis auf Weiteres ausgesetzt wird.

> Wahlrecht Trennungsgeld oder Umzugskostenvergütung

Seit dem 14. August 2019 wird die Zusage der Umzugskosten erst drei Jahre nach der Personalmaßnahme wirksam. Die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft begrüßt diese Initiative, die aufgrund der besonderen Versetzungshäufigkeit in der Bundespolizei dringend erforderlich war und den Betroffenen damit entgegenkommt. Allerdings können Ledige ohne eigene Wohnung nicht wählen und auch diejenigen nicht, die bereits eine Umzugskostenvergütung erhalten haben.

> Tötung eines Jungen auf dem Bahnhof Frankfurt/Main

Mit Bestürzung haben wir die unfassbaren Gewalttaten auf Bahnhöfen zur Kenntnis nehmen müssen. Die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft spricht sich für eine deutliche Stärkung der Bahnsicherheit mit den Schwerpunktbereichen Videografie, Sicherungstechnik, Personal, Liegenschaften und insbesondere der Funktionalität der Indoortechnik (Digitalfunk), welche endlich und zwingend optimiert werden muss, aus.



> Neben dem prüfungsfreien Aufstieg der leistungsstarken PHM/PHM(Z) in den gehobenen Dienst müssen parallel die Aufstiegsverfahren gemäß §§ 15 und 16 BPOLLV auch 2020 durchgeführt werden.

2 000 leistungsstarke PHM/PHM(Z) in den gehobenen Dienst überführen!

DPoIG sieht sich in ihrer jahrelangen Forderung nach einer prüfungsfreien Überleitung in die nächsthöhere Laufbahn bestätigt!

Nach dem Willen Bundesinnenministers Horst Seehofer (CSU), sollen 2 000 leistungsstarke PHM/PHM(Z) prüfungsfrei in den gehobenen Polizeivollzugsdienst übergeleitet werden. Damit soll dem hohen Personaldefizit im gehobenen Dienst entgegen gewirkt werden. Denn aufgrund der hohen Altersabgänge im gehobenen Dienst werden Neu- und Nachbesetzungen dieser Stellen mit den bisher zulässigen Aufstiegsverfahren (§§ 15 und 16 BPOLLV) kaum möglich sein. Das Bundespolizeipräsidium beschäftigt sich derzeit mit der Ausgestaltung der rechtlichen Voraussetzungen dafür.

Die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft erwartet die

Einhaltung folgender Eckpunkte:

- > Aufstellung eines bundesweiten Rankings aller PHM/PHM(Z)
- > Durchführung der Feststellungsgespräche in den jeweiligen Behörden
- > Besetzung freier Dienstposten des g. D.
- > Beginn des Verfahrens spätestens im Januar 2020

Für die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft ist glasklar, dass die leistungsstarken PHM/PHM(Z) auf freie Dienstposten des gehobenen Dienstes gesetzt werden, welche problemlos innerhalb der jeweiligen Behörden verschoben werden können. Nur

so ist gewährleistet, dass die Stellen im mittleren Dienst verbleiben und dort diverse Beförderungsmöglichkeiten entstehen. Unter keinen Umständen dürfen die Planstellen vom mittleren in den gehobenen Dienst umgewandelt werden.

Kein Stopp

Weiter geht die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft davon aus, dass, losgelöst von diesem (neuen) Verfahren, auch im Jahr 2020 die regulären Verfahren gemäß §§ 15 und 16 BPOLLV fortgeführt werden. „Nur unter Beibehaltung des bewährten Verfahrens (Einsteiger, Aufsteiger und verkürzte Aufsteiger) bleibt gewährleis-



> Heiko Teggatz, 1. stellvertretender Bundesvorsitzender

tet, dass auch alle anderen Angehörigen des mittleren Dienstes die Chance haben, im Jahr 2020 in den gehobenen Dienst aufzusteigen“, betont Heiko Teggatz. „Die Durchführung der Feststellungsgespräche für die 2 000 PHM/PHM(Z) ist kein Hexenwerk und kann ohne übermäßigen Aufwand in den jeweiligen Behörden zügig erledigt werden. Schließlich ist das Verfahren ja nicht neu!“, so der Gewerkschaftsvize weiter. ■

Quo vadis PEK?

Seit der Einführung des Personalentwicklungskonzeptes (PEK) in der Bundespolizei sind nunmehr fünf Jahre vergangen. Nicht erst seit heute stellt sich die Frage, ob die definierten Ziele im PEK erreicht wurden und welche Auswirkungen die Personalsteuerungselemente des PEK für die Beschäftigten hatten. In einer Gesprächsrunde zahlreicher Personalvertreter, an der auch die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft beteiligt war, wurde ein umfangreicher Fragenkatalog erarbeitet, der dem BMI zugeleitet werden soll. Ziel dieses Fragenkataloges ist es, das PEK zu evaluieren und einen Soll-/Ist-Abgleich der definierten Ziele des PEK für den Zeitraum 2014 bis 2019 vorzunehmen.

Zur Erinnerung:

Die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft hatte von Beginn an erhebliche Zweifel an der Sinnhaftigkeit des vorgelegten Entwurfes zum PEK und vor der Inkraftsetzung eindringlich gewarnt. Insbesondere die Personalsteuerungselemente im Punkt 9 (PEK Bausteine) führten dazu, dass dieses PEK durch die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft abgelehnt wurde.

Bereits im Januar 2012 stellte die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft ein eigenes Personalentwicklungskonzept vor, um die bis dato suspendierten „Verwendungsrichtlinien“ von 1998 zu ersetzen.

Details können unter folgendem Link eingesehen werden. https://dpolg-bpolg.de/wp/?page_id=988

„Das derzeitige PEK liest sich wie das Leitbild der Bundespolizei. Es beschreibt den Idealzustand einer Karriereentwicklung und definiert Ziele. Leider wird das PEK ausschließlich im Punkt 9 verbindlich. „Komischerweise werden die PEK-Bausteine für die Besetzung von Führungsfunktionen als unumstößliches „Gesetz“ verstanden, während andere Bestandteile des PEK kaum Anwendung finden!“, mahnt Heiko Teggatz. „Ein mittlerweile unerträglicher Zustand, der die Organisation Jahr für Jahr vor nahezu unlösbare Probleme stellt und den Unmut in allen Laufbahnen mehr und mehr schürt“, so Teggatz weiter.

Die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft steht dem Evaluationsergebnis offen gegenüber. Auch wenn die Bundeslaufbahnverordnung ein Personalentwicklungskonzept vorschreibt, bedeutet das noch lange nicht, dass dort „Personalsteuerungselemente“ enthalten sein müssen. „Unser Schwerpunkt liegt nach wie vor auf einem Laufbahnverlaufsmodell mit einer Durchlässigkeit der Laufbahnen und eben nicht auf Verwendungsrichtlinien. Gerne bringen wir unsere Ideen aus dem Jahr 2012 erneut zur Diskussion in den Bundespolizeihauptpersonalrat ein. Die Einführung des derzeitigen PEK haben wir Gott sei Dank nicht mitzuverantworten, aber eines steht fest – dieses PEK muss weg!“, stellt der Gewerkschaftsvize klar. ■



DPoIG Bundespolizeigewerkschaft Gast und Gastgeber in der BPOLD 11

Im Gegensatz zu anderen hat sich die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft von Beginn an sowohl bundespolizeiintern, bei den Parlamentariern des Deutschen Bundestages als auch öffentlich in den verschiedensten Medien stets für die Einrichtung einer Bundespolizeidirektion für die Spezialkräfte der Bundespolizei ausgesprochen.

Deshalb war es der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft auch ein besonderes Anliegen, die Bundespolizeidirektion 11 in Berlin zu besuchen. Die zehnköpfige DPoIG-Delegation wurde vom Präsidenten der BPOLD 11, Olaf Lindner, persönlich begrüßt.

Gemeinsam mit seinem Führungsstab informierte Präsident Lindner umfassend über Aufgaben, Arbeit und Zusammensetzung der für die Spezialkräfte in der Bundespolizei zuständigen Direktion. Alle in der Direktion 11 zusammengefassten Spezialkräfte der Bundespolizei wurden betrachtet und deren jeweilige Bedeutung hervorgehoben.

Im Mittelpunkt der anschließenden Diskussion stand unter anderem die von Präsident Lindner erläuterte besondere „Befähiger- und Beraterrolle“ seiner Direktion für die gesamte Bundespolizei. Bundesvorsitzender Walter betonte:

„Gerade in einer Zeit, in der die Bundespolizeiakademie bis weit über ihre Grenzen hinaus mit der Ausbildung von über 10 000 zusätzlichen Polizistinnen und Polizisten belastet ist, sind die Kompetenzzentren in der BPOLD 11 für einsatzbezogenes Training und Befähigung im Bereich der taktischen



Präsident Olaf Lindner gemeinsam mit der Delegation der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft.

Einsatzmedizin oder bei der Aus- und Fortbildung des Entschärfungsdienstes unverzichtbar.“

Ebenso wurde über neue Herausforderungen im Aufgabenportfolio der Direktion 11 diskutiert, wie zum Beispiel die Abwehr, Auswertung aber auch polizeiliche Nutzung von „Drohnen“.

Der Bundesvorsitzende der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft, Ernst G. Walter, machte unmissverständlich deutlich, dass sich die DPoIG auch weiterhin mit Nachdruck für die personelle und materielle Fortentwicklung der Spezialkräfte einsetzen und in künftigen Gesprächen mit Innen- und Haushaltspolitikern zum Thema machen wird. Sein Fazit: Die Direktion 11 ist trotz der Tatsache, dass noch lange nicht alles nach Plan läuft, bereits heute zu einer Erfolgsgeschichte geworden.

Gleich im Anschluss an den durch eine beeindruckende Ortsbesichtigung abgerundeten Besuch wechselten die DPoIG-Vertreter dann die Rolle vom Gast zum Gastgeber und luden

die Direktionsangehörigen zu einem geselligen Grillabend ein. Die Angehörigen der jüngsten Bundespolizeidirektion fanden dann auch sehr zahlreich den Weg in den Innenhof der Liegenschaft. Die interessanten und angeregten Gespräche dauerten bis Mitternacht.

Das Organisationsteam mit Maik Braun, Thomas Rieger und Rolf Schmitt an der Spitze hatte alle Hände voll zu tun und schloss die Veranstaltung mit einem positiven Resümee.

Die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft bedankt sich an dieser Stelle bei Präsident Olaf Lindner für seine umfassenden Informationen und die Möglichkeit des konstruktiven Dialogs mit ihm und seinen Stabsbereichsleitern. „Besonders dankbar sind wir aber auch dafür, dass wir mit den Kolleginnen und Kollegen der Direktion beim „come together“ ins Gespräch kommen und ihnen gegenüber durch den kleinen geselligen Grillabend unsere Wertschätzung zum Ausdruck bringen konnten“, sagt Ernst G. Walter. ■



Maik Braun, Rolf Schmitt und Thomas Rieger (von links) freuen sich auf die Gäste der Direktion 11 als Ansprechpartner der DPoIG und an diesem Tag zugleich Grillmeister.

Haushaltswurf 2020 offenbart Nachbesserungsbedarf

Haushaltswurf 2020 offenbart Nachbesserungsbedarf

Bundesfinanzminister Olaf Scholz hat in der 33. Kalenderwoche seinen Entwurf zum Haushaltsgesetz 2020 in den Deutschen Bundestag eingebracht. Die erste Lesung soll unmittelbar nach der Sommerpause der Parlamentarier vom 10. September bis 13. September 2019 stattfinden. Für Donnerstag, dem 14. November 2019, ist die „Bereinigungssitzung“ und für den 29. November 2019 die Abstimmung im Plenum vorgesehen. Ein erster Blick über den vorgesehenen Personalhaushalt für die Bundespo-

lizei (Einzelplan 06, Kapitel 0625) weist insgesamt 2 150 neue Haushaltsstellen aus. Davon entfallen 1 852 auf Polizeivollzugs-/ Verwaltungsbeamte sowie 298 auf Tarifbeschäftigte in der Wertigkeit E5. Die Stellen des Vollzugs und der Verwaltung sind entsprechend geschlüsselt und kegegelt.

Zusätzlich darf die Bundespolizei im Haushaltsjahr 2020, zu den schon geplanten Einstellungen, weitere 1 000 Anwärter, davon 600 für den mittleren und 400 für den gehobenen Dienst, einstellen, deren kegelgerechte Stellenplanunterlegung jedoch erst im Haushaltsjahr 2023, also nach deren Ausbildung, erfolgen soll. Somit ergeben sich

im Gegensatz zu den Stellenmehrungen aus dem „Sicherheitspakt“ hieraus keine Beförderungsmöglichkeiten.

Damit werden zwar die Zusagen der Politik aus dem Sicherheitspaket der 18. Legislaturperiode (4. Rate) und aus dem Koalitionsvertrag (3. Rate) umgesetzt, aber weder den Haushaltsanmeldungen des BMI noch des Bundespolizeipräsidiums aber auch nur annähernd berücksichtigt.

„Also bleibt schon dort „Nachbesserungsbedarf“, welchen die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft an die Politik herantragen wird“, sagt der DPoIG-Haushaltsexperte Jürgen Zimmermann.



DPolG Bundespolizeigewerkschaft unterstützt „Anti-Gaffer-Initiative“

Zu Beginn der Sommerferien in Bayern hat der dortige DPolG-Landesvorsitzende Rainer Nachtigall den Autoaufkleber „Gaffer – Shame On You!“ vorgestellt.

„Dieser Aufkleber soll die Verkehrsteilnehmer auf die verbreitete Unsitte der an Unglücksstellen filmenden und fotografierenden Gaffer hinweisen“, so Nachtigall.

Mit dabei war auch der durch sein konsequentes Vorgehen gegen „Gaffer“ bundesweit bekannt gewordene Polizeibeamte Stefan Pfeiffer (Foto), Dienststellenleiter der VPI Feucht (Bayern) und Mitglied der DPolG-Verkehrskommission, von dem das Zitat „Shame On You!“ in Zusammenhang mit Autobahn-Gaffern stammt. Er brachte den ersten Aufkleber auf einem DPolG-Gewerkschaftsfahrzeug in München an.

Anfang Juni war er nun gemeinsam mit vier weiteren Kolleginnen und Kollegen der VPI Feucht auf Initiative der verkehrspoliti-



© DPolG Bayern (2)

Stefan Pfeiffer prägte den Slogan „Shame On You“.

schen Sprecherin der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag und Mitglied der DPolG, MdB Kirsten Lühmann, zu Gast bei Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer in Berlin.

Die Polizeipraktiker hatten dabei verschiedene Themen im Gepäck. Nach einer breiten Diskussion über die von der DPolG schon lange geforderte Halterhaftung wurden dem Minister

die in Bayern erfolgreich praktizierte **Schleierfahndung** und der Einsatz automatischer **Kennzeichenlesesysteme** an aktuellen Beispielen sowie deren positive Wirkung auf die Verkehrssicherheit unter Berücksichtigung des integrativen Ansatzes dargestellt. Bundesminister Scheuer führte dazu aus, dass es wünschenswert, aber schwierig sei, die notwendigen Rechtsgrundlagen dazu in allen Bundesländern einzuführen. Er werde aber weiter alles ihm Mögliche tun, um dies zu erreichen.

Der verstärkte Einsatz automatischer Kennzeichenlesegeräte wäre aus Sicht der DPolG Bundespolizeigewerkschaft auch für die Bundespolizei im Rahmen der Schleierfahndung sehr hilfreich. Das Vorhaben von Bundesverkehrsminister Scheuer können wir deshalb nur ausdrücklich begrüßen.

Zum Abschluss stand das Thema **Rettungsgasse** auf der Agenda des Besuchs. Dabei wurde die Novellierung des



§ 323 c StGB beziehungsweise die deutliche Erhöhung der Sanktionshöhen bei Nichtbildung einer Rettungsgasse begrüßt. Leider fehlt aber nach wie vor eine konkrete Sanktionsvorschrift in der StVO für das unberechtigte Befahren einer Rettungsgasse.

Die DPolG Bundespolizeigewerkschaft steht hinter den Initiativen der Kollegen des DPolG-Landesverbands Bayern und wünscht ihnen bei der Umsetzung der für die Verkehrssicherheit so wichtigen Forderungen **viel Erfolg**.

Den „**Anti-Gaffer-Aufkleber**“ könnt ihr wie den DPolG-Aufkleber „Rettungsgasse!“ auch über unsere Bezirksverbände oder über unsere Geschäftsstellen beziehen. ■

Seminar der JUNGEN POLIZEI Bundespolizei

„Ich bin bei der DPolG weil ...“

Aus dem gesamten Bundesgebiet kamen 15 junge und engagierte Polizeivollzugsbeamte und Tarifbeschäftigte zusammen, um sich unter der Leitung von Manuel Ostermann und William Bobach mit Themen der „jungen Generation“ innerhalb der DPolG Bundespolizeigewerkschaft zu beschäftigen. Die Veranstaltung wurde via Instagram und Facebook medial begleitet.

Die Veranstaltung stand auch in diesem Jahr unter dem im letzten Jahr herausgearbeiteten Motto: „Wir an deiner Seite“.

Der erste Tag begann gleich sehr spannend mit einem Erfahrungsbericht von Manuel Ostermann zu seinen Auftritten bei den Werkstattgesprächen der CDU sowie bei RTL und SAT1. William Bobach berichtete über seine Arbeit im

Bundeshauptvorstand sowie der Bundesjugendleitung der JUNGEN POLIZEI Bund.

Im letzten Jahr wurden Arbeitsgruppen gebildet, welche sich zum Beispiel mit Social Media, der Schaffung neuer Kooperationen oder aktuellen politischen Themen befassen. Die Leiter der jeweiligen Arbeitsgruppe stellten die Ergebnisse aus den vergangenen zwölf

Monaten vor und gaben einen Ausblick über ihre zukünftige Arbeit.

Social Media stellte insbesondere am zweiten Tag einen großen Themenkomplex dar. In kleinen Arbeitsgruppen wurden kurze Videosequenzen unter der Fragestellung: „Ich bin bei der DPolG weil, ...“ erstellt, in denen die Teilnehmer ihre Motivationslage für ihre Mit- ▶



gliedschaft in der DPoIG und ihre aktive Gewerkschaftsarbeit darstellten. Daran hatten alle Beteiligten große Freude und ungeahnte schauspielerische, künstlerische und choreografische Leistungen wurden zutage gefördert. Die Ergebnisse davon werden zukünftig auf den Social-Media-Kanälen der JUNGEN POLIZEI Bundespolizei zu sehen sein.

Das Highlight des zweiten Tages stellte unstrittig der Besuch des Bundesvorsitzenden

Ernst G. Walter dar. Dieser berichtete über aktuelle Themen, aus dem Bundeshauptvorstand und über den Bundesdelegiertentag im Oktober. Er hatte aber auch ein offenes Ohr für Fragen, Probleme und Wünsche der „Jugend“ und nahm sich einiger Themen sogar direkt und höchstpersönlich an.

Nach einer herzlichen Verabschiedung machten sich die Teilnehmer, mit viel Vorfreude auf das Seminar in 2020, auf den Weg gegen Heimat. ■



Scan QR-Code:
facebook.com/JUNGENPOLIZEI

> Das Team der JUNGEN POLIZEI mit dem Bundesvorsitzenden Ernst G. Walter verbindet Leichtigkeit mit ernsthafter und erfolgreicher Gewerkschaftsarbeit.

Polizeischau in Wetzlar, Gespräch mit Innenminister Robert Beuth

Im August fand in Wetzlar die 8. Polizeischau statt. Ausgerichtet wird diese Veranstaltung vom Verein „pro POLIZEI Wetzlar“, der sich seit 1996 für die Polizei stark macht. Die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft und die DPoIG Hessen haben auch dieses Jahr gemeinsam einen Stand mit Glücksrad und dem DPoIG-Markt betrieben.

Hessens Innenminister Peter Beuth informierte sich am Stand der DPoIG explizit über die JUNGE POLIZEI und bedankte sich für das Engagement. Selbstverständlich hat die DPoIG auch bei dieser Veranstaltung eine Einsatzbetreuung für alle Kräfte vor Ort in Form von Kaffee, Tee, Energy Drinks und vielen Kleinigkeiten vorbereitet und verteilt.



> Innenminister Peter Beuth (weißes Hemd) informierte sich am Stand der DPoIG.

Im Großen und Ganzen war dies eine super Veranstaltung der DPoIG. Egal ob Bundespoli-

zei oder Landespolizei Hessen, wir sind eins und stehen gemeinsam für euch ein. ■

Neuer Kantinenpächter im Bundespolizeistandort Sankt Augustin

Am 1. August 2019 begrüßten Vertreter der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft den neuen Kantinenpächter Rolf Köster in Sankt Augustin herzlich. Der Dank der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft geht im Sinne unserer Kolleginnen und Kollegen an die Verantwortlichen der Bundespolizei. Wir hoffen natürlich sehr, dass das, was noch umgesetzt werden muss, zeitnah auch geregelt werden kann.

Die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft hat gemeinsam mit Rolf Köster zur Eröffnung eingeladen. Es wurde zu den Stoßzeiten richtig stressig und die Bilanz lässt sich laut Auskunft Rolf Kösters sehen. Mit solch einer positiven Resonanz hat niemand gerechnet. Die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft hat den Nachtisch zum Mittagessen in Form eines Waffeleises gestellt. Das bereits installierte WLAN im Kantinenbereich kann

nun auch von allen Gästen freigenutzt werden. Tolle Sache!

Als nächste gemeinsame Aktion steht das DPoIG Oktoberfest am 10. Oktober 2019 an. Die Planungen laufen auf Hochtouren und die Rückmeldungen lassen einiges erwarten.

Die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft freut sich über den neuen Kantinenpächter, der übrigens auch die Kantine



> Der neue Kantinenpächter Rolf Köster (Mitte) im Kreise der DPoIG-Bundespolizeigewerkschaftsvertreter Achim Rarey (links) und Dirk-Ulrich Lauer (rechts).

im Polizeipräsidium Bonn betreibt, und wünscht ihm viel Erfolg. ■



Vorstand DPoIG-Bezirksverband Bayern neu gewählt

Der Bezirksverband Bayern der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft hat seinen Vorstand neu gewählt. An der Spitze befindet sich auch weiterhin **Thomas Rudlof**. Die Delegierten haben nachfolgendes Team um ihn herum gewählt:



> Der neu gewählte Vorstand des Bezirksverbandes Bayern mit dem Vorsitzenden Thomas Rudlof (Bildmitte).

1. stellvertretender Vorsitzender: Herbert Kellner, **stellvertretende Vorsitzenden:** Johannes Petruschke, Sven Stampfl, Horst Wildnauer, **Geschäftsführer:** Michael Weber, **Schatzmeister:** Hans Nelz, **JUNGE POLIZEI:** Dominique Steinbach,

Severin Schau, **Beauftragter Aus- und Fortbildung:** Martin Schulz, **Frauen- und Familienbeauftragte:** Stefanie Sigl,

Tarifbeauftragter: Josef Bauer, **Seniorenbeauftragter:** Johann Zweck, **Beisitzer(in):** Annetrafin Emes, Werner Heide,

Harald Kilian, Hans-Peter Krücken, Stefan Weiß, **Kassenprüfer:** Frank Batschko, Robert Harrer, Helmut Rußler

Kai Dittelbach bleibt Chef im Norden



> Der neue Vorstand in Schleswig-Holstein/Mecklenburg-Vorpommern

Der Bezirkshauptvorstand und die Delegierten des Bezirksverbandes Schleswig-Holstein/Mecklenburg-Vorpommern trafen sich in der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte in Bad Malente-Gremsmühlen zur Delegiertentagung.

Der Bezirksverbandsvorsitzende Kai Dittelbach begrüßte als Gäste den Bundesvorsitzenden Ernst G. Walter und den 1. stellvertretenden Bundesvorsitzenden Heiko Teggatz. Beide berichteten aus der Gewerkschaftsarbeit auf Bundesebene und der Arbeit in den verschiedenen Gremien.

In seinem Bericht ging der Vorsitzende Kai Dittelbach nochmal rückblickend auf die zahlrei-

chen Betreuungsmaßnahmen ein und dankte allen Mitgliedern, die diese Aktionen zum Erfolg geführt haben. Weiterhin berichtete er von guten Verbindungen zu politischen Mandatsträgern und daraus resultierenden erfolgreichen Gesprächen, in denen auf zahlreiche Themen in der Bundespolizei eingegangen werden konnte.

Aus den anschließenden Wahlen ging Kai Dittelbach erneut als Vorsitzender des nördlichen Bezirksverbandes hervor.

> Was wollen wir erreichen?

Wir wollen mit dem zuvor unterbreiteten Vorschlag und den letztlich auch so von den Dele-

gierten gewählten Kollegen eine gerechte paritätische Aufteilung der Vorstandsmitglieder auf beide vertretene Bundesländer erreichen. Weiterhin ist es uns wichtig, dass wir alle Gruppen mit Fachleuten abgebildet wissen.

Der neu gewählte Vorstand nahm sodann gleich die Arbeit auf und es wurden folgende Anträge aus dem Gremium formuliert, die der Vorstand an den Bundesdelegiertentag weiterleiten möge:

- > Reduzierung der Wochenarbeitszeit auf 38,5 Stunden.
- > Lebensarbeitszeit verkürzen (Gesamtmodell-Staffelung).
- > Behördliches Handeln (Bau/Beschaffung) soll sich am Umweltgedanken ausrichten und die Nachhaltig-

- keit beachten, damit die öffentliche Verwaltung als Vorbild vorangeht.
- > Auch die Gewerkschaft DPoIG soll sich diesem Handeln anschließen (Erforderlichkeit der Give-aways?)
- > Angleichung der Pensionsansprüche zwischen Ost und West; hier geht es speziell um den § 55 BVersG

So wurde gewählt:	
Vorsitzender:	Kai Dittelbach
1. stellvertretender Vorsitzender:	Andreas Kelm
Stellvertretender Vorsitzender:	Oliver Ehmssen
Stellvertretender Vorsitzender:	Ralf Stange
Stellvertretender Vorsitzender:	Olaf Kruse
Geschäftsführer:	Maik Ulke
Schatzmeister:	Johannes Meins
Schriftführer:	Dierk Schüler
Beauftragte für	
Tarif:	Martina Geewe-Meisner
Senioren:	Klaus Junker
JUNGE POLIZEI:	Serhat Ercik
BPOLAK:	Andreas Michalik
See:	Volker Brauer
Gleichstellung:	Petra Behrens
Schwerbehinderte Menschen:	Marcus Ahrens
Personalrat:	Jürgen Henningsen



Harald Fengler

Seit 60 Jahren ist Harald Fengler nun Mitglied in der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft. Harald Fiedler, stellvertretender Vorsitzender des Bezirksverbandes Niedersachsen/Hamburg/Bremen, gratulierte von ganzem Herzen und überreichte dem Jubilar die Jubiläumsurkunde.

Harald Fengler hat sich über die Glückwünsche des Vorstands riesig gefreut. Im ge-

meinsamen Gespräch tauschten sich die beiden dann über viele Gemeinsamkeiten und Neuerungen in der Gewerkschaft und der Bundespolizei aus. Harald Fengler ist immer noch sehr an der Bundespolizei interessiert und nimmt auch an Treffen der Pensionäre in Dresden und Hannover teil. Denn der Jubilar hält Kontakt zu seinen ehemaligen Kollegen, die in der ehemaligen



© DPoIG Bundespolizeigewerkschaft



Grenzöffnung ging Fengler nämlich von der FMH erst nach Berlin und danach zum Flughafen Dresden, wo er zuletzt als Dienstgruppenleiter eingesetzt war.

Fernmeldehundertschaft (FMH) in Hannover und in Dresden am Flughafen ihren Dienst versehen. Nach der

Im Namen der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft wünschte Harald Fiedler alles Gute und viel Gesundheit.

Hilmar Huberg

Im Juli konnten wir unser Mitglied Hilmar Huberg (Mitte) in Sankt Augustin zum 40-jährigen Dienstjubiläum gratulieren, welches eigentlich bereits in 2018 angestanden hat, aber die dienstliche Einbindung der Beteiligten lies es nicht zu, die Glückwünsche früher zu übermitteln. Hilmar Huberg ist seit 2018 Angehöriger der Direktion 11 und arbeitet dort in der Projektgruppe Entschärfungsdienst. Bereits vor der Aufstellung der D11 befand sich Hil-



© DPoIG Bundespolizeigewerkschaft

mar im Aufbaustab zur D11 und hat dort den Bereich der

Entschärfer mit eingebracht. Die Glückwünsche der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft wurden Hilmar von Maik Braun (links) und Dirk-Ulrich Lauer (rechts) übermittelt.

Eingestellt wurde Hilmar in Alsfeld bei der GSA A Mitte 1. Von 1984 bis 1994 war er Angehöriger im T-Zug bei der GSA Mitte 4 in Fulda und von 1994 bis 2009 als Entschärfer am Flughafen Frankfurt am Main und von 2009 bis 2014



bei der MKÜ der BPOLD FRA eingesetzt. Seit 2014 ist er als Sachbearbeiter in der KOST Entschärfungsdienste beim BPOLP und nun bei der D11.

Zu erwähnen ist sein ehrenamtliches Engagement als Gründungsmitglied (1998) und seit 2016 als Vorsitzender (2. Vorsitzender von 2002 bis 2016) der Bundesvereinigung der Entschärfer von USBV.

Timo Ofiara



© DPoIG Bundespolizeigewerkschaft

Köln (dju). Wer das Innenleben der Kölner Zentrale des Bundesamtes für Güterverkehr kennt, der kennt auch Timo Ofiara (links). Der Mitarbeiter im Bürobetriebsdienst kann auf eine 25-jährige Dienstzeit

im öffentlichen Dienst zurückblicken. Hierzu gratulierten ihm die Vorstände des Ortsverbandes Köln im BAG-Bezirk Detlev Junker (rechts) und Ralph Nussbaum in einer Feierstunde. „Timo Ofiara ist ein DPoIG-Mann der ersten Stunde im Bundesamt für Güterverkehr“, freute sich Junker über das langjährige Gewerkschaftsengagement des bekennenden 1.-FC-Köln-Fans Ofiara. Daher erhielt der Jubilar neben der Dankesurkunde auch einen Geschenkgutschein für den FC-Fanshop.

> Gedenktafel

© Rosel Eckstein / PIXELIO

In den vergangenen Monaten verstarben unsere Mitglieder

Hans-Dieter Reiß	19.04.1938	21.05.2019	Sen. SH/MV
Richard Hörmann	19.02.1941	03.07.2019	Sen. BY
Heinz Kastenmeier	19.09.1950	03.08.2019	Sen. NRW

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.